

Einsichten und Aussichten

sie auch an der Fortentwicklung des Schengen-Besitzstandes, also eines Teilbereichs der EU-Innenpolitik, als Nicht-EU-Staat teilzunehmen, indem sie Empfehlungen in den entsprechenden Gremien abgeben können.¹³⁹ Nach Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags wurde ein neues Übereinkommen zwischen der EU und Island und Norwegen getroffen, welches der geänderten Rechtslage Rechnung trägt.¹⁴⁰ Das Abseitsstehen der Schweiz und Liechtensteins auf diesem Gebiet bedeutet, dass beide Staaten eine Enklave inmitten einer europäischen Sicherheitszone bilden. Für Personen, die in einem EU-Mitgliedstaat zurückgewiesen wurden, bildet der Wirtschaftsraum Schweiz/Liechtenstein noch den einzigen attraktiven Zufluchtsort. Die Schweiz befürchtet u.a. die Zunahme illegaler Einwanderungen sowie der Asylgesuche.¹⁴¹

Da die Teilnahme am Schengener-Abkommen für Nicht-EU-Staaten ausgeschlossen ist, hat insbesondere die Schweiz damit begonnen, zwischenstaatliche Abkommen mit einzelnen EU-Mitgliedstaaten zu treffen. Ein bilaterales Abkommen über Fragen der Innen- und Justizpolitik konnte im April 1999 mit Deutschland abgeschlossen werden.¹⁴² Verträge mit Frankreich und Italien sind in der Ratifikationsphase. Liechtenstein, Österreich und die Schweiz haben ein ähnliches Abkommen auf trilateraler Ebene unterzeichnet.¹⁴³ Inhaltlich regeln diese Abkommen vor allem die grenzübergreifende behördliche Zusammenarbeit (Informationsübermittlung, Hilfeleistungen bei Grossereignissen und Katastrophen, Zustellung behördlicher Schriftstücke).¹⁴⁴ Das dringende Problem der Asylkooperation wird hingegen nicht geregelt.¹⁴⁵

¹³⁹ *Agence Europe*, 27.8.1998, S. 2.

¹⁴⁰ «Übereinkommen zwischen dem Rat der Europäischen Union sowie der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung der beiden letztgenannten Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstandes», in *Amtsblatt der EG*, L 176, 10.7.1999, S. 36–49.

¹⁴¹ *Integrationsbüro* 1998.

¹⁴² *Neue Zürcher Zeitung*, 28.4.1999, S. 13.

¹⁴³ *Liechtensteiner Vaterland*, 28.4.1999, S. 1.

¹⁴⁴ *Neue Zürcher Zeitung*, 28.4.1999, S. 13.

¹⁴⁵ Die durch die Schweiz erwünschte Zusatzklärung zu den bilateralen Abkommen bezüglich des Asylwesens fand bei der EU keine Zustimmung (*Neue Zürcher Zeitung*, 4.5.1999, S. 13).